



## Nein zum Rahmenkredit von 3,2 Mio. Franken für die «Züri City-Card»

von Jeffrey Ferpozzi, Vizepräsident Junge SVP Kanton Zürich

### «Ich mache mir die Welt, widdewidde wie sie mir gefällt.»

Genau nach diesem Motto verläuft seit Jahren die Politik des Zürcher Gemeinde- und Stadtrats. Beide Gremien setzen sich laufend über übergeordnetes Recht hinweg und demonstrieren eine einzigartige Ablehnung der gesetzlichen Ordnung. Es werden Beschlüsse gefasst, die bewusst den gesetzlichen Rahmen sprengen. Doch die Devise scheint zu sein: Wir probieren es auf gut Glück – ohne Rücksicht auf Verluste. Die folgenden Beispiele aus der letzten Legislatur sind symptomatisch für dieses Weltbild:

- Das Projekt «wirtschaftliche Basishilfe» des Zürcher Stadtrats verstösst laut einem Entscheid des Bezirksrats gegen ausländerrechtliche Bestimmungen des Bundes. Er hat den entsprechenden Stadtratsbeschluss deshalb aufgehoben<sup>1</sup>.
- Ohne vorher das Parlament zu konsultieren, kaufte der Zürcher Stadtrat drei heruntergekommene Liegenschaften im Langstrassenquartier – für rund 32 Millionen Franken. Nun pfeift ihn das Verwaltungsgericht zurück<sup>2</sup>.
- Der Buchhaltungstrick des Zürcher Stadtrats beim Triemli-Abschreiber war widerrechtlich – nun akzeptiert er den Entscheid<sup>3</sup>.
- Der Entscheid des Zürcher Stadtrats von Anfang September, auf der Rosengartenstrasse Tempo 30 einzuführen, hat ein Nachspiel. Die Kantonspolizei Zürich teilte dem Stadtrat mit, dass Verkehrsanordnungen auf dieser Achse ohne ihre Zustimmung unzulässig seien<sup>4</sup>.

Und schlussendlich reiht sich auf die Züri City-Card in diese Eskapaden. Obwohl der Bundesrat, sowie der Regierungsrat die Rechtswidrigkeit dieses Projekt mehrfach bestätigt haben, ignorieren beide Gremien diese Vorbehalte. Unser Referendum gegen das Projekt Züri City-Card ist genau ein Zeichen gegen diese Politik. Wir benötigen dringend Lösungen die nachhaltig sind und die Probleme beim Namen nennt.

Zukunftspolitik muss von reinen Ideologien getrennt werden und sich wieder an den gesetzlichen Rahmen halten. Es braucht eine Politik, die ehrlich ist und keine falschen Hoffnungen propagiert. Die «Züri City-Card» wird sich nämlich bei einer Annahme als das offenbaren was sie ist: reine Perspektivlosigkeit.

Den Menschen unter falschen Tatsachen Hoffnung zu machen, kann keine zukunftsorientierte Politik sein.

---

<sup>1</sup> Limmattaler Zeitung vom 10.12.2021.

<sup>2</sup> Neue Zürcher Zeitung vom 25.9.2017.

<sup>3</sup> Neue Zürcher Zeitung vom 28.1.2022.

<sup>4</sup> Tages Anzeiger vom 6.10.2021.